

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Außenpolitische Grundpositionen

In einer längeren Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 28. September faßte Chinas Außenminister Qian Qichen grundlegende außenpolitische Vorstellungen der Regierung der Volksrepublik China programmatisch zusammen.

Im ersten Teil seiner Rede ging Qian auf positive und negative Merkmale der gegenwärtigen globalen Situation ein, wie sie von chinesischer Seite bewertet werden. Danach sei die Welt eindeutig auf dem Wege zu einer "beschleunigten Multipolarität". Ferner nehme "die Rolle ökonomischer Faktoren in den internationalen Beziehungen" ständig an Bedeutung zu. Drittens sei der Trend zur Entspannung zum "Haupttrend der gegenwärtigen internationalen Lage" geworden. Trotzdem, so Qian, sei die Welt voll von "regionalen Konfliktherden" und "verschiedensten destabilisierenden Faktoren". Insgesamt sei "die internationale Situation komplexer und labiler" geworden.

Vorrangige Aufgabe sei es daher, zu einem allgemeinen Konsens zu gelangen wie "regionale Konfliktherde zu löschen seien und internationale Dispute angemessen bewältigt werden" können. Laut Qian habe "die Erfahrung bewiesen, daß Versuche, in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzugreifen, Druck auszuüben, Sanktionen zu verhängen oder gar auf Gewalt zurückzugreifen, nicht hilfreich sind, die Probleme zu lösen". Vielmehr müsse die Weltgemeinschaft stärker auf "die Förderung von Dialogen und Verhandlungen zwischen den direkt betroffenen Parteien" drängen, um zu angemessenen Lösungen zu kommen. Dies beweisen u.a. "der Durchbruch im

nahöstlichen Friedensprozeß und der Fortschritt bei der Lösung der Nuklearfrage der Demokratischen Volksrepublik Korea". Auch hinsichtlich der friedenswährenden UN-Unternehmungen sei Zurückhaltung geboten. Zwar "können sie eine positive Rolle spielen, aber nicht alle sind erfolgreich gewesen". Vor allem sei Zurückhaltung bei der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der betroffenen Länder geboten. Dies gelte insbesondere "für den militärischen Einsatz bei Konflikten", wie vor allem der Einsatz friedenswährender US-Truppen in Somalia bewiesen habe.

Im zweiten Abschnitt seiner Rede betonte Qian die aus chinesischer Sicht entscheidende Funktion der "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" zur Gestaltung einer konfliktarmen internationalen Ordnung. Diese Prinzipien (Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, gegenseitiger Angriffsverzicht, Nichteinmischung in interne Angelegenheiten, Gleichheit und gegenseitiger Vorteil und friedliche Koexistenz) seien vor 40 Jahren gemeinsam von China, Indien und Myanmar propagiert worden und anschließend Bestandteil der "Zehn Prinzipien der Bandung-Konferenz" geworden. Später wären sie zu Prinzipien der ASEAN und anderer regionaler Organisationen in der Dritten Welt geworden. Wichtig sei: "Die vergangenen 40 Jahre zeugen von der großen Vitalität der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz." Eine Aushöhlung dieser Prinzipien werde angesichts der Komplexität und Vielfältigkeit der Welt zu einem Anstieg von "Spannungen und Konfrontationen" führen.

Im dritten Teil seiner Rede umriß Qian Chinas Haltung zur Nuklearwaffenfrage. Aufgrund der Veränderungen in der Welt sei es "nicht nur möglich, einen neuen Weltkrieg zu vermeiden, sondern auch die Möglichkeiten des totalen Verbots und der Zerstörung von Atomwaffen mit dem Ziel,

die Menschheit von der Bedrohung durch einen Atomkrieg zu befreien, sind größer geworden". China habe immer das Verbot und die Zerstörung von Massenvernichtungsmitteln befürwortet. Die chinesische Regierung trete deshalb für eine Konvention zum vollständigen Verbot von Nuklearwaffen ein, die die Konventionen zum vollständigen Verbot von biologischen Waffen und chemischen Waffen vervollständigen kann. Der bisherige Nichtproliferationsvertrag sei "offensichtlich unzureichend". Um eine atomwaffenfreie Welt zu verwirklichen, schlägt China sieben Punkte vor: (1) Alle Atomwaffenmächte erklären, "unter allen Umständen auf den Ersteinsatz von Atomwaffen" zu verzichten und sich an Verhandlungen zu beteiligen, die auf eine gegenseitige Verpflichtung hinauslaufen, keinen Ersteinsatz vorzunehmen. (2) Die Bemühungen, atomwaffenfreie Zonen zu schaffen, müssen verstärkt werden, und "alle Atomwaffenmächte garantieren, daß sie keine Atomwaffen gegen Nicht-Atomwaffenmächte und atomwaffenfreie Zonen einsetzen werden oder mit dem Einsatz von Atomwaffen drohen werden". (3) Bis 1996 soll ein allgemeiner Vertrag zustande kommen, der "das vollständige Verbot von Atomwaffenversuchen" vorsieht. (4) Die großen Atomwaffenmächte verwirklichen die bestehenden atomaren Abrüstungsverträge vertragsgemäß und "verringern ihre atomare Bewaffnung in großen Zügen". (5) Eine Konvention zum Verbot der Produktion von spaltbaren Materialien zur Atomwaffenherstellung soll durch gegenseitige Verhandlungen erstellt werden. (6) Eine "Konvention zum vollständigen Verbot von Atomwaffen" soll erzielt werden. Im Rahmen dieser Konvention verpflichten sich alle Atomwaffenmächte, ihre Atomwaffen zu zerstören, wobei "die Durchführung unter wirkungsvoller internationaler Überwachung" erfolgt. (7) Im Bereich der friedlichen Nutzung der Atomenergie soll die internationale Zusammenarbeit deutlich gefördert werden.

Die Verwirklichung dieser sieben Punkte ist nach chinesischer Ansicht ein angemessenes Programm, um "einen vollständigen und umfassenden atomaren Abrüstungsprozeß" kontrolliert zu steuern. Bis zum Beginn des 21. Jh. könne die Welt atomwaffenfrei sein. China sei bereit, sich gegen Ende dieses Jahrhunderts an diesem Prozeß zu beteiligen.

Im vierten Abschnitt seiner Rede ging Qian auf Fragen der weltwirtschaftlichen Entwicklung ein. Ausgehend von der Grundaussage, daß "der Vorrang der Wirtschaft zu einem internationalen Trend geworden ist", betonte Qian die große Bedeutung "verstärkter internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit". Diese Zusammenarbeit sei um so notwendiger, als sich vor allem außerhalb der ostasiatischen Region "die Entwicklung der Weltwirtschaft ungleich" vollziehe. Vor allem die "Zunahme der Armut in einigen Entwicklungsländern" sei besorgniserregend. Eine angemessene Entwicklung aller Länder könne nur erreicht werden durch "den Abbau des Handelsprotektionismus und der diskriminierenden Handelspolitik, die in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen existieren". Regionale Handels- und Wirtschaftszonen dürfen unter keinen Umständen eine "Natur der geschlossenen Tür" annehmen, sondern müssen gegenüber "der Außenwelt offen bleiben". Demgemäß müsse die Welthandelsorganisation (WTO), die 1995 verwirklicht werden soll, unter allen Umständen eine "Institution des offenen Handels" sein. Auf diesem Wege können die entwickelten Länder "praktisch zur wirtschaftlichen Entwicklung verschiedener Länder und zur Stärkung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit" beitragen. Vor allem gehe es um eine "wirksame Öffnung ihrer Märkte für Entwicklungsländer" und um die "Bereitstellung von Entwicklungsfonds" sowie den Transfer von Technologie und eine "Verringerung der Schuldenlast". Auf diese Weise können "wirtschaftliche Entwicklung, soziale Stabilität und Abbau der Armut in Entwicklungsländern" deutlich vorangetrieben werden. Nicht nur die entwickelten Länder, sondern die gesamte "internationale Gemeinschaft, einschließlich der Vereinten Nationen" müsse in Zukunft Entwicklungsfragen wesentlich mehr Aufmerksamkeit schenken. Das "Programme for Development", das "durch den Generalsekretär in diesem Jahr vorgestellt wurde", sei ein erster angemessener Schritt auf diesem Wege.

Laut Qian betrachte die chinesische Regierung "den wirtschaftlichen Aufbau als zentrale Aufgabe des ganzen Landes" und bewerte demgemäß "die Reform und Öffnung als grundlegende Staatspolitik". China werde sich auch in Zukunft "der Außenwelt gegenüber in

allen Richtungen weiter öffnen und zum wirtschaftlichen Wohlstand der Welt weiterhin beitragen". Die Lösung der Beitrittsfrage zum GATT sei demgemäß "sowohl für China als auch für die Welt vorteilhaft". Die WTO als Nachfolgeordnung für GATT sei ohne Mitgliedschaft Chinas "unvorstellbar".

In einem weiteren Redeabschnitt befaßte sich Qian mit weltweiten Problemen sozialer Art, so u.a. "Armut, Arbeitslosigkeit, Umweltschäden, hohes Bevölkerungswachstum, Flüchtlingsströme, illegale Immigranten, Drogenhandel, Verbrechen und ungleiche Behandlung von Frauen, Kindern und Verwehrten". Diese Probleme seien angesichts des Zusammenwachsens der Welt "heute klarer sichtbar als früher". Es sei notwendig, auch in diesen Bereichen zu einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit zu kommen, wobei jedoch unter allen Umständen unerwünschte Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der betroffenen Länder zu vermeiden seien. Vor allem dürfe es nicht dazu kommen, daß politische Bedingungen aufgestellt werden, die als Voraussetzung für äußere Hilfe geltend gemacht werden. China habe seine Bereitschaft zur Teilnahme an internationaler Zusammenarbeit u.a. dadurch bewiesen, daß es "an den von den Vereinten Nationen veranstalteten wichtigen Konferenzen zur Umwelt, zu Menschenrechten, zur Bevölkerung und anderen Fragen" aktiv teilgenommen habe. Ferner habe die chinesische Regierung in Übereinstimmung mit den Vorschlägen der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 das Dokument "China Agenda 21 - A White Paper on China's Population, Environment and Development in the 21st Century" erarbeitet.

Hinsichtlich der Menschenrechte wiederholte Qian die bekannte chinesische Position, wonach die Menschenrechte "einen wichtigen Bestandteil der gesellschaftlichen Politik der verschiedenen Länder" ausmachen, daß sie jedoch "in Übereinstimmung mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung" bewertet werden müssen. "Wir haben beständig daran festgehalten, daß das Prinzip der Universalität der Menschenrechte auf den besonderen Bedingungen der verschiedenen Länder basieren muß." Wegen dieser Unterschiede sei es "unvermeidlich und normal", daß in verschiedenen Ländern "einige unterschiedliche Ansichten zu Menschenrechtsfragen" bestehen.

Auch hinsichtlich der Diskussion um die Umgestaltung der Vereinten Nationen nahm Qian Stellung. Trotz aller Schwächen und Mängel können "der Status und die Rolle der Vereinten Nationen in internationalen Angelegenheiten von weltweiter Bedeutung durch keine andere internationale Organisation oder nationale Gruppierung übernommen werden". Es gehe nicht darum, die UNO zu ersetzen, sondern sie zu verbessern und zu stärken. Dementsprechend "sollten die Institutionen der Vereinten Nationen wichtige und notwendige Reformen unternehmen, um sich den gewaltigen Veränderungen in der internationalen Lage anzupassen und den dunklen Herausforderungen entgegenzutreten zu können". Bei den Reformen sei von überragender Bedeutung, daß "die Wünsche und Interessen der Entwicklungsländer voll beachtet werden". Dies gelte vor allem für die "Reform des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen", der wesentlich repräsentativer für die Zusammensetzung der Weltorganisation werden müsse. Es sei daher notwendig, "einer gerechten Aufteilung nach regionalen Gesichtspunkten volle Beachtung zu schenken". Ferner müsse die Transparenz des Sicherheitsrats erhöht werden und dessen "Kommunikation mit der Vollversammlung der Vereinten Nationen und anderen UN-Institutionen gestärkt werden". China werde seinen Beitrag leisten, um die Vereinten Nationen dabei zu unterstützen, "eine bessere Rolle bei der Bewahrung des Friedens und der Förderung der Entwicklung" zu spielen. (SWB, 0.9.94) -ma-

*(2)

45 Jahre Erfolgsgeschichte

Chinas Außenministerium stellt sich in den Worten des Vizeministers Tian Zengpei selbst eine 45jährige Erfolgsgeschichte aus. Das Land habe in seinen Außenbeziehungen dazu beigetragen, "der Hegemonie entgegenzutreten, ein günstiges internationales Umfeld für den inneren Aufbau vorzubereiten und den Weltfrieden zu wahren". Die vergangenen 45 Jahre chinesischer Außenpolitik lassen sich laut Tian "in drei Perioden einteilen, die alle fruchtvoll waren". Die erste Phase dauerte bis zum Ende der 50er Jahre. Damals machte die Regierung "der beschämenden Art der Diplomatie des alten Chinas ein Ende und begründete neue

Außenbeziehungen". Ferner förderte es eine "unabhängige Außenpolitik des Friedens". Wichtig sei neben der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den sozialistischen Ländern und anderen "freundlichen Nationen" vor allem die Tatsache gewesen, daß "die Vorrechte und der Einfluß imperialistischer Länder ausgelöscht wurden" und daß es gelungen sei, "der US-Politik der Invasion und des Krieges Widerstand entgegenzusetzen". Ferner habe China neben Indien und Myanmar zu den Initiatoren der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz gehört, wodurch "es in der Lage war, in der internationalen Gemeinschaft einen festen Platz einzunehmen".

Die zweite Phase umfaßt die 60er und 70er Jahre. In dieser Phase "führte China aktive und farbenreiche diplomatische Aktivitäten durch, die in großen geschichtlichen Durchbrüchen und Erfolgen gipfelten". Das Land war in der Lage, mit benachbarten Staaten "freundliche Beziehungen zu entwickeln", und es "unterstützte die nationalen Befreiungsbewegungen in Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas". Einer der Höhepunkte dieser Phase lag zu Beginn des Jahres 1964, als "Ministerpräsident Zhou Enlai 13 Nationen in Asien und Afrika besuchte und Chinas Zusammenarbeit und Einigkeit mit anderen Drittweltländern auf eine neue Ebene hob". Damals sei China zu einer "wichtigen Kraft im Kampf gegen die Welthegemonie zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion geworden". Ferner habe Frankreich im selben Jahr als erstes westliches Land diplomatische Beziehungen mit China aufgenommen. 1972 war ein weiteres Höhepunkt-Jahr, als "China und die Vereinigten Staaten den 22jährigen antagonistischen Stillstand beendeten und die gemeinsame chinesisch-amerikanische Deklaration unterzeichneten, die die Tür zur Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen öffnete und neue Möglichkeiten für Chinas Diplomatie erbrachte".

Die dritte Phase begann nach der "3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas Ende 1978", als "große Anpassungen in Chinas Außenpolitik hinsichtlich der sich ändernden äußeren und internen Situation vorgenommen" wurden. Insbesondere kam man zu der "wissenschaftlichen Schlußfolgerung hinsichtlich der Frage von Frieden und Krieg",

daß "ein Weltkrieg für eine verhältnismäßig lange Zeit vermieden werden und der Weltfrieden aufrechterhalten werden kann". Seither sei es die Hauptaufgabe der chinesischen Außenpolitik, "für ein günstiges internationales Umfeld zu arbeiten und bei der Wahrung des Weltfriedens mitzuhelfen, um den inneren Modernisierungsprozeß zu erleichtern". Demgemäß sei Chinas Außenpolitik seither darauf ausgerichtet, "eine wirtschaftliche Diplomatie zu entfalten, sowohl in bilateralen als auch in multinationalen Beziehungen mit Blick darauf, seine wirtschaftlichen Interessen und die wirtschaftliche Sicherheit zu gewährleisten". China beteilige sich deshalb "aktiv an regionaler Wirtschaftszusammenarbeit und an der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern". Dies habe dazu geführt, daß "das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zwischen China und den Nachbarländern verbessert und gutnachbarliche Beziehungen gefördert worden sind". (XNA, 26.9.94) -ma-

*(3)

Jiang Zemin's Europareise

Anfang September besuchte Chinas Präsident Jiang Zemin - in Personalunion zugleich Generalsekretär der Kommunistischen Partei und Vorsitzender der Zentralen Militärkommission - Rußland (4 Tage), die Ukraine (2 Tage) und Frankreich (5 Tage). In Rußland sollte die Entspannung, die in den letzten Jahren zwischen beiden Ländern eingetreten ist, durch zwei bilaterale Abkommen verfestigt werden. Zugleich standen Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des Handels im Mittelpunkt der Gespräche. In der Ukraine verlief der Besuch ebenfalls ohne Probleme. "In den Beziehungen zur Ukraine sind für Beijing dem Vernehmen nach das größte Problem die hohen Preise, die Kiew für feilgebotene Flugzeugträger aus ehemaligen sowjetischen Flottenbeständen verlangt." Die wesentlichste Teiletappe der Besuchsreise war naturgemäß Frankreich. Jiang erreichte das Land in Marseille, wo die örtlichen Polizeibehörden alle Vorbereitungen getroffen hatten, um Demonstrationen gegen den Gast zu verhindern. Offensichtlich hatte man aus dem deutschen Beispiel (Li Peng-Besuch) gelernt. In Paris kam es zu Gesprächen mit Präsident Mitterrand und Ministerpräsident Balla-

dur. Beide Seiten betonten, daß die Annäherung zwischen China und Frankreich weit fortgeschritten sei und daß die Zusammenarbeit zum Vorteil beider verstärkt werden solle. Konkret wurden Verträge über Aufträge für französische Unternehmen in Höhe von mehreren Milliarden Francs unterzeichnet. Wesentlichster Nebeneffekt des Besuchs in Frankreich unter innen- und machtpolitischen Gesichtspunkten dürfte die Tatsache sein, daß Jiang während seines Besuchs gelassener wirkte und mehr Format zeigte als sein Mitbewerber um die zukünftige Führung des Landes, Li Peng, der in chinesischen Augen dem Anschein nach eine für das Land wenig ehrenvolle Haltung gezeigt hat. (AWSJ, 10.9.94; SZ, 2.9.94; XNA, 4.9.94) -ma-

*(4)

Qian Qichen trifft europäische Kollegen

Ende September nutzte Chinas Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister Qian Qichen anlässlich der Versammlung der Vereinten Nationen in New York die Gelegenheit, um mit den ebenfalls anwesenden Außenministern Deutschlands, Griechenlands und Frankreichs Gespräche zu führen. Neben internationalen Fragen, die während der Versammlung diskutiert wurden, ging es vor allem um die Beziehungen Chinas zur Europäischen Union. In allen Gesprächen betonte man die beiderseitige Zufriedenheit über die Intensivierung der Beziehungen. Weiter hieß es: "Der politische Dialog zwischen beiden Seiten ist sehr wichtig und spielt eine fördernde Rolle in den bilateralen Beziehungen." Dies gelte um so mehr, als China eines der permanenten Mitglieder im US-Sicherheitsrat sei und dementsprechendes Gewicht in Weltangelegenheiten habe. Es sei ferner von Bedeutung, daß die beiderseitigen Konsultationen in Zukunft vor allem mit Blick auf verstärkte wirtschaftliche Beziehungen regelmäßig stattfinden. Von chinesischer Seite wird vor allem beklagt, "daß die strenge Quotenkontrolle bei einigen chinesischen Erzeugnissen durch die EU gewaltige Verluste für China gebracht hat. Dies war ungerecht und hatte einen nachteiligen Einfluß auf den bilateralen Handel." (XNA, 28.9.94) -ma-

*** (5)
Irritationen Japan-China**

Im Zusammenhang mit den XII. Asienspielen, die im September in Hiroshima, Japan, stattfanden, ist es zwischen der chinesischen und der japanischen Regierung vorübergehend zu Irritationen gekommen. Anlaß war der politisch-taktisch geschickte Zug des Taiwan-Präsidenten Lee Teng-hui (Li Denghui), sich zu einem Besuch der Asienspiele anzusagen. Zwar gelang es der japanischen Regierung, Lee von diesem Besuch abzuhalten, aber als "Ausgleich" wurde die Anreise Hsu Li-tehs (Xu Lide), des Stellvertretenden Vorsitzenden des taiwanesischen Exekutiv-Yuans, zugelassen. Von chinesischer Seite hieß es, daß "die Gewährung von Einreisedokumenten durch die japanische Regierung überraschend war, nachdem Taiwans "Präsident Lee Teng-hui erfolglos war, sich in die Spiele hineinzudrängen". Die Begründung der japanischen Regierung, daß Hsu als "Vorsitzender des Taiwan-Bewerungskomitees für die Asienspiele 2002" angereist sei und daß die Regierung keine "offiziellen Kontakte" aufgenommen habe, seien nicht akzeptable Vorwände. Dies gelte um so mehr, als von Seiten Taiwans die Asienspiele mißbraucht werden sollten, um eine Politik der "zwei Chinas" oder des "Ein China, ein Taiwan" voranzutreiben. (XNA, 26.9.94) -ma-

*** (6)
Treffen mit Spitzenführern Myanmars**

Anfang September hielten sich Spitzenführer des Militärregimes Myanmars unter Führung des "Ersten Sekretärs des Staatlichen Rates zur Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung der Union von Myanmar", General Khin Nyunt, zu einem Besuch in China auf. Die Delegation wurde vom chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng empfangen. Li betonte während der Gespräche, daß "die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht nur zum Nutzen für beide Seiten sind, sondern auch hinsichtlich des Friedens und der Stabilität in der Region". Auf chinesischer Seite sei man "zufrieden mit der steigenden Zusammenarbeit auf allen Gebieten, einschließlich der Politik, der Wirtschaft, des Handels und der Kultur zwischen beiden Ländern". Die Aussichten für eine Vertiefung dieser Zusammenar-

beit seien günstig. Khin Nyunt seinerseits zollte China diplomatisches Lob, indem er betonte, daß sein Land "willens sei, von Chinas erfolgreichen Erfahrungen in der Entwicklung seiner Wirtschaft zu lernen". (XNA, 3. und 10.9.94) -ma-

*** (7)
Fidschi Ministerpräsident in China**

Der Ministerpräsident der Fidschi-Inseln, Rabuka, besuchte China Mitte September. Neben Gesprächen über allgemeine Fragen internationaler Art stand vor allem der Wunsch der Fidschi-Regierung im Vordergrund, China zu einem stärkeren wirtschaftlichen Engagement im Inselstaat zu bewegen. Gegenüber Ministerpräsident Li Peng betonte Rabuka, "daß die Fidschi-Regierung chinesische Investitionen und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Geschäfts-, Handels- und Industriekreisen Chinas willkommen heißt". Ferner wurde ein sog. "Fidschi-Geschäftsförderungs-Seminar" veranstaltet, in dem sich chinesische Unternehmen über Möglichkeiten des Engagements informieren konnten. Gegenwärtig gibt es "elf Unternehmen mit chinesischem Kapital in Fidschi mit einem Investitionsgesamtwert von 5,4 Mio. US\$. Gebiete der Zusammenarbeit schließen Textilien und Elektrogeräte ein." (SWB, 21.9.94 -ma-

*** (8)
Afrikanische Regierungschefs in China**

Während des Monats September besuchten sowohl Tansanias Ministerpräsident John S. Malecela als auch Gabuns Ministerpräsident Casimir Oye Mba die Volksrepublik China. Gabuns Ministerpräsident wurde u.a. von Qiao Shi, Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses, empfangen. Während der Gespräche äußerte Mba die Hoffnung, daß China "als permanentes Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in Zukunft eine noch größere Rolle spielt". Dies gelte insbesondere mit Blick auf eine verstärkte Position der Entwicklungsländer in der Organisation. Im bilateralen Verhältnis erwartet sich Gabun eine Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, "vor allem auf den Gebieten Landwirtschaft und öffentliche Gesundheit". In weiteren Gesprächen mit

Ministerpräsident Li Peng ging es ebenfalls um Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie um die allgemeine Entwicklung im Verhältnis Nord-Süd und Fragen der Weltwirtschaftsordnung.

Tansanias Ministerpräsident diskutierte mit dem chinesischen Vizepräsidenten Rong Yiren ebenfalls Fragen der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. "Wir sind gewillt, neue Wege und Bereiche für diese Zusammenarbeit aktiv zu untersuchen." Trotz dieser positiven Formulierungen zeigt die geringe Substanz der Berichte der chinesischen Nachrichtenagentur, daß vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet in der Zwischenzeit Welten zwischen China und den afrikanischen Ländern liegen. Man könnte versucht sein, die starke, allerdings rein verbale Betonung des Verhältnisses Chinas zu Afrika als Teil der chinesischen "diplomatischen Folklore" zu bewerten. (XNA, 8., 10. und 11.9.94) -ma-

*** (9)
Verteidigungsminister in Afrika**

Chinas Staatsrat und Minister für Nationale Verteidigung, Chi Haotian, hielt sich Mitte September zu einem mehrtägigen Besuch in den drei afrikanischen Staaten Zimbabwe, Sambia und Tansania sowie Indien auf. Zum Inhalt der Gespräche wurden keine genaueren Angaben gemacht. Allgemein hieß es, daß sich China und die afrikanischen Länder darum bemühen wollen, "die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit weiter auszuweiten". Ferner wurde der chinesischen Seite gedankt "für die Unterstützung der Nationalen Unabhängigkeits- und Freiheitsbewegungen in Afrika, insbesondere in Südafrika". In Tansania würde man es ferner begrüßen, wenn "chinesische Unternehmen und Geschäftsleute im Lande investieren und Gemeinschaftsunternehmen mit tansanischen Partnern einrichten". Ferner soll es zur Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten der Verteidigung kommen. (XNA, 18.9.94; SWB, 6. und 7.9.94) -ma-

*** (10)
Butros Ghali in China**

Mitte September (14.-17.) 1994 hielt sich UN-Generalsekretär Butros Ghali zu einem viertägigen offiziellen Besuch

in China auf. Der Besuch war der zweite des UN-Generalsekretärs seit seinem Amtsantritt. Während seines Aufenthalts in Beijing kam es zu Gesprächen mit Chinas Präsident Jiang Zemin, Ministerpräsident Li Peng und Außenminister Qian Qichen. Neben allgemeinen Angelegenheiten internationaler und regionaler Art ging es bei den Gesprächen vor allem um den Stand der Vorbereitungen der 4.UN-Frauenkonferenz, die im September 1995 in Beijing abgehalten werden soll. Darüber hinaus wurde der Versuch Taiwans diskutiert, mit Hilfe verschiedener antragstellender Staaten wieder in die Weltorganisation aufgenommen zu werden. Dieser Versuch war im ersten Anlauf 1993 gescheitert, und auch der jetzige zweite Versuch blieb ohne Erfolg. Butros Ghali bekräftigte die Position der Volksrepublik China und betonte gegenüber den chinesischen Politikern, daß "die UN-Position in dieser Frage auf der Resolution der Vollversammlung 2758 beruht und daß die Vereinten Nationen nur *ein* China anerkennen. Die sog. Frage der Rückkehr Taiwans in die Vereinten Nationen ist eine Fiktion." Am letzten Tag seines Aufenthalts sprach der UN-Generalsekretär in Shanghai vor einer Versammlung von Sozialwissenschaftlern, Lehrern und Studenten der dortigen Fudan-Universität. Ghali äußerte sich anerkennend über die Entwicklung der Stadt als "eines der dynamischsten Gebiete in der am schnellsten wachsenden Wirtschaft der Welt". Ferner stellte Ghali die "Beiträge Chinas in den Vereinten Nationen" heraus. Insbesondere lobte er die Rolle Chinas im Sicherheitsrat. Dort habe die chinesische Seite "die Bemühungen der Vereinten Nationen, die dringend benötigte internationale Sicherheit herbeizuführen, gefördert". Ferner gehöre China zu den Ländern, die "nachhaltig die große Bedeutung der Vereinten Nationen in internationalen Angelegenheiten anerkannt" haben. (XNA, 17. und 18.9.94; SWB, 19.9.94) -ma-

*(11)

"Militärische Option gegen Taiwan"

Nach einem Bericht der Hongkonger Zeitschrift *Hsin Pao* unter dem Titel "Führung der Kommunistischen Partei Chinas erarbeitet neue Politik gegen Taiwan" fand im August eine Konferenz militärischer Spitzenführer und Politiker statt, um "Optionen in der

Taiwan-Politik zu untersuchen". Zu diesen Optionen gehört auch die "Wiedervereinigung durch militärische Mittel". Kernaussage hinsichtlich dieser Option war: "Falls Lee Teng-hui (Li Denghui) darauf aus ist, Taiwan zur Unabhängigkeit zu führen und es vom Mutterland abtrennt, und falls eine ausländische Invasion auf Taiwan stattfindet, werden wir die Taiwan-Frage durch militärische Mittel lösen müssen." In diesem Zusammenhang sind auch Seemanöver zu sehen, die im September in einem Gebiet stattfanden, in dem die topographischen Bedingungen denen Taiwans entsprechen. Die bisherige Entwicklung habe deutlich gemacht, daß "es korrekt ist, Vorbereitungen zu treffen, die Taiwan-Frage entweder durch friedliche Verhandlungen oder durch Einsatz von Gewalt zu lösen". Gegenwärtig gebe es einen Vier-Stufen-Plan zur Lösung der Taiwan-Frage. Im Rahmen dieses Plans dauert das erste Stadium bis 1999, das zweite bis 2004, das dritte bis 2009 und das vierte bis 2014. Während der Konferenz lag der Schwerpunkt der Diskussion auf der dritten und vierten Stufe. Bis dahin "wird sich die Wirtschaft deutlich entwickelt haben und der Lebensstandard der Bevölkerung in großen Gebieten dem der Menschen auf Taiwan nahekommen". Dies könne sich als wesentlicher Faktor für die "Förderung einer friedlichen Vereinigung beider Seiten" herausstellen. Erst wenn Taiwan trotz dieser veränderten Situation "an der Unabhängigkeit festhält", werde es "sinnvoller für das Festland werden, die Taiwan-Frage mit militärischen Mitteln zu lösen". In einer Rede während der Konferenz wurde diese Position ausdrücklich vom höchsten chinesischen Militär, Admiral Liu Huaqing, bestätigt. Man könne warten und noch mehr Zugeständnisse machen, "aber das allgemeine Prinzip des 'einen Chinas' ist nicht verhandelbar. Die Tatsache, daß 'Taiwan eine Provinz Chinas ist', ist nicht veränderbar. Lee Teng-hui sollte in diesem Punkt einen klaren Kopf bewahren." Liu betonte ferner, daß man den Landsleuten in Taiwan insofern entgegenkommen könnte, daß auch nach der Vereinigung das Prinzip "Ein Land, zwei Systeme" aufrechterhalten wird, so daß sich das Gesellschaftssystem und der Lebensstil auf Taiwan nicht sofort ändern. (SWB, 8.10.94) -ma-

*(12)

Unzufrieden mit Hongkong-Verhandlungen

Nach Äußerungen des chinesischen Verhandlungsführers Guo Fengmin in der gemeinsamen chinesisch-britischen Verbindungsgruppe (JLG) sei man "sehr unzufrieden", weil es offensichtlich "nicht zu großen Fortschritten" während der letzten Verhandlungen gekommen sei. Diese Verhandlungen (30.Treffen) fanden vom 20. bis 22.September in Beijing statt. Zwar habe es bei einigen Punkten gewisse Fortschritte gegeben, aber insgesamt komme man nicht wirklich vorwärts. Da das Übergabedatum (1.Juli 1997) näher rücke, müsse die Verhandlungsarbeit schneller erledigt werden. Vor allem gehe es um die Modalitäten "der Übertragung der politischen Macht 1997". Man habe von chinesischer Seite "diese Fragen vorgebracht in der Hoffnung, daß die britische Seite positiv reagieren würde", aber die meisten Fragen seien nach wie vor offen. (SWB, 24.9.94) -ma-

*(13)

UN-Seerechtskonvention

Nach Angaben verschiedener chinesischer Medien und Behördenvertreter "ist China bereit, sich an der Errichtung einer neuen internationalen Seerechtskonvention in Übereinstimmung mit dem Geist der Seerechtskonvention der Vereinten Nationen zu beteiligen". Die Konvention tritt Mitte November 1994 in Kraft. Laut Aussagen der Staatlichen Ozeanischen Verwaltung Chinas wird sie "Chinas maritime Entwicklung und Verwaltung stark voranbringen". China werde deshalb "sobald wie möglich der Konvention zustimmen". Zwar gebe es immer noch "Zurückhaltung gegenüber einigen Paragraphen", aber es bestehe kein grundlegendes Hindernis mehr. Die Konvention war bereits 1982 von 159 Ländern und Gebieten unterzeichnet worden, aber "einige große entwickelte Länder und Seemächte stimmten nicht mit Teil XI überein, der sich auf die Entwicklung und Verwaltung des internationalen Meeresgrundes bezieht". Erst im Juni 1993 wurde endgültige Übereinstimmung erzielt. Wichtig sei aus chinesischer Sicht, daß trotz der Beibehaltung des Zwölf-Seemeilen-Prinzips "Küstenländer Souveränitätsrechte zur Res-

sourcennutzung und Verwaltung in exklusiven Wirtschaftszonen genießen, die sich bis auf 200 sm erstrecken". Dadurch habe sich "das gesamte Meeresgebiet unter chinesischer Autorität um das Zehnfache ausgedehnt". Ferner begrüße China vor allem die Entscheidung, daß der internationale Meeresboden und seine Ressourcen "das Eigentum der gesamten Menschheit" sein sollen und daß eine internationale Meeresbodenbehörde eingerichtet werde. "Solche Bestimmungen sind vorteilhaft für den Schutz der Meeresrechte der Entwicklungsländer." (XNA, 9.9.94) -ma-

*(14)

Konvention zur nuklearen Sicherheit

Mitte September 1994 hat China während der 38. Konferenz der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien zusammen mit 37 anderen Nationen die Konvention zur nuklearen Sicherheit unterzeichnet. China werde "seine Verpflichtungen in Übereinstimmung mit der Konvention genau erfüllen und aktiv an der internationalen Zusammenarbeit zur Durchsetzung der nuklearen Sicherheit teilnehmen". Konkret plane die chinesische Regierung, der Atomenergiebehörde "eine Million Dollar zur Finanzierung von Modellprojekten für andere Entwicklungsländer" zur Verfügung zu stellen. China werde bis zum Jahr 2000 mehrere Atomkraftwerke in den Provinzen Guangdong und Zhejiang sowie Liaoning und Shandong vollenden und die gesamte Nuklearkapazität des Landes auf "8.000-10.000 MW" erhöhen. Dabei soll "der Qualität und Sicherheit in der Entwicklung der nuklearen Elektrizitätsindustrie Spitzenvorrang gegeben werden". Dementsprechend sei es selbstverständlich, daß "China die Bemühungen der Behörde zur Durchsetzung angemessener Maßnahmen zur Stärkung der Wirksamkeit von Sicherheitssystemen unterstützt". (XNA, 21. und 22.9.94) ma-

*(15)

Rückzug aus koreanischer Waffenstillstandskommission

Ende August d.J. hat Chinas Außenministerium die Absicht angekündigt, die chinesischen Mitglieder aus der koreanischen Waffenstillstandskommission zurückzuziehen. Diese Maßnahme

wurde insbesondere in Südkorea bedauert und als "zu einem schlechten Zeitpunkt kommend" gewertet. Von seiten des südkoreanischen Außenministeriums hieß es dazu: "Wir geben zu, daß China uns im voraus mitgeteilt hat, daß das Waffenstillstandsabkommen immer noch wirksam ist und daß der Rückzug Chinas nur eine administrative Handlung darstellt. Aber eine solche Entscheidung ist in der Phase, da die Länder hinsichtlich einer friedlichen Lösung des nordkoreanischen Nuklearproblems zusammenarbeiten, vom Zeitpunkt her unangemessen. Während der Gespräche Chinas mit der nordkoreanischen Seite, so heißt es, haben "beide Seiten ihre Befriedigung über die gemeinsamen Bemühungen beider Länder in der Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes und der Wahrung des Friedens und der Sicherheit auf der Halbinsel in den letzten gut 40 Jahren ausgedrückt". Beide Seiten seien ferner der Meinung, daß "ein neues Friedenswahrungssystem auf der Halbinsel eingerichtet werden sollte, um sich den Veränderungen in der internationalen Situation und der gegenwärtigen Lage auf der Halbinsel anzupassen". (SWB, 14.9.94) -ma-

*(16)

Marinemanöver

Nach Angaben der Hongkonger Zeitung *Lianhebao* hat Chinas Marine vor der Küste der Provinz Zhejiang im Monat September die bisher größten Seemanöver veranstaltet. Die Übung dauerte mehr als 20 Tage und gilt als die "modernste, seit die Festlandsmarine vor 45 Jahren im April 1949 gegründet wurde". Beobachter der Übungen waren u.a. Chinas höchster Militär, Admiral Liu Huaqing, und Zhang Zhen, ebenso wie Liu Stellvertreter Vorsitzender der Zentralen Militärkommission. Insgesamt wurden mehr als 50 größere Kriegsschiffe der "vier Flotten der Marine der Volksbefreiungsarmee" eingesetzt, wobei "die Flotte des Ostchinesischen Meeres das Hauptkontingent bildete". Von den Schiffsgattungen her waren "nuklearbetriebene U-Boote, Raketenzerstörer, raketenbestückte Fregatten, Landungsboote, U-Boot-Bekämpfungsschiffe, raketenbestückte Schnellboote" eingesetzt sowie Marinebomber und raketenbestückte Jagdbomber. Insgesamt sollen mehr als 10.000 Offiziere

und Soldaten an den Übungen beteiligt gewesen sein. Kommandierender der Übung war He Pengfei, Sohn des verstorbenen Marschalls He Long. (SWB, 21.9.94) -ma-

*(17)

Verteidigungsausgaben

Nach Auffassung verschiedener westlicher Chinafachleute liegen die "meisten westlichen Schätzungen zu Chinas direkten und indirekten militärischen Ausgaben möglicherweise weit unterhalb der wirklichen Marke". Vor allem im Bereich der Mittelzuweisung außerhalb des Haushalts sei während der letzten Jahre ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Ferner sei davon auszugehen, daß die Volksbefreiungsarmee in den nächsten Jahren immer mehr als "ein mächtiger, unabhängiger Mitspieler in der Formulierung der Regierungspolitik einschließlich der Außenpolitik auftreten wird".

Der offizielle Verteidigungshaushalt Chinas ist zwischen 1988 und 1994 deutlich angestiegen auf rd. 7 Mrd. US\$, was "einem realen Anstieg von 50% entspricht". Ein Großteil dieses Anstiegs diene zur Finanzierung gestiegener Gehälter und zum Wohnungsbau für die Mannschaftsdienstgrade der Streitkräfte.

Der offizielle Haushalt stellt jedoch nach Ansicht praktisch aller Beobachter nur einen Minderanteil der Verteidigungsausgaben dar. Einzelne Experten gehen davon aus, daß die Mittel außerhalb des Haushaltes bis zum Fünffachen der offiziellen Mittel reichen. Nach Schätzungen, die das Stockholmer International Peace Research Institute in Auftrag gegeben hat, sehen die Einnahmen der Streitkräfte außerhalb des offiziellen Staatshaushaltes für 1993 wie folgt aus: Zuweisungen an verschiedene Ministerien unterhalb des Staatsrates für verteidigungsindustrielle Produktion 14,3 Mrd. US\$, kommerzielle Einnahmen 5 Mrd., Investitionen in militärisch relevante Forschung 5 Mrd., Zuweisungen für die Bewaffnete Volkspolizei 3 Mrd., Zuweisungen für regionale Truppen in örtlichen Haushalten 2,5 Mrd., landwirtschaftliche und Nebengewerbeproduktion 2,5 Mrd., Zuweisungen für Pensionen und Demobilisierungsfonds 2 Mrd., Zuweisungen für örtliche Milizen 1,5 Mrd., Waffen-

verkäufe 1,4 Mrd., Beiträge zur Umwandlung von Rüstungsunternehmen 1 Mrd. Insgesamt ergibt sich also ein Volumen außerhalb des Staatshaushaltes von 38,2 Mrd. US\$. Einschließlich des Haushaltes hat China nach diesen Schätzungen 1993 Verteidigungsausgaben in Höhe von 45 Mrd. US\$ vorgenommen. Damit läge das Land direkt hinter den Vereinigten Staaten und Japan. Mit Blick auf die Truppengattungen ist festzustellen, daß "die Luftwaffe und die Marine am meisten aus dem Kauf neuer Waffensysteme Nutzen gezogen haben". Diese Tatsache ist nicht weiter verwunderlich, da sie in Übereinstimmung mit der neuen Doktrin liegt, vorrangig "eine schnelle Einsatzkapazität zu entwickeln, um Konflikte mit geringer Intensität an Chinas Peripherie zu bekämpfen". (AWSJ, 22.9.94) -ma-

Innenpolitik

*(18)

Im Namen der Gleichheit: Die Anziehungskraft sozialistischer Leitvorstellungen im gegenwärtigen China

Angesichts der unerfreulichen Begleiterscheinungen der Wirtschaftsreformen (Inflation, Arbeitslosigkeit, wachsende Einkommensunterschiede, Kriminalität etc.) haben in China nostalgische Erinnerungen an die vermeintliche sozialistische Gleichheit, Sicherheit und Ordnung, die zu Lebzeiten Maos geherrscht habe, einen starken Aufschwung genommen.

Der Aufstieg Maos zur Pop-Ikone in Taxis und Geschäften ist nur eine von vielen Manifestationen eines neuen Trends, der in Teilen der städtischen Gesellschaft um sich greift: die Idealisierung des diktatorischen, wirtschaftlich rückständigen Willkürregimes der Jahre vor 1978 und eine skeptische Haltung gegenüber der Reformpolitik. Politisch drücken sich diese Strömungen etwa in Gründungen privater "Mao-Zedong-Studiengruppen" durch unzufriedene Städter aus, in wachsenden Widerständen gegen wettbewerbsorientierte Reformen in den Staatsunternehmen oder in der Popularität einer angeblich immer noch erfolgreich operierenden Volkskommune in der

Provinz Henan, die kürzlich in den Medien präsentiert wurde (offiziell wurden die Volkskommunen zwar Anfang der achtziger Jahre aufgelöst, aber in Henan dominieren auf lokaler Ebene häufig immer noch maoistische Kräfte). (Interviews in China im September; *Zhongshi zhokan* [China Times Weekly], 2.-8.10.94, S.9-10)

Durch solche rückwärtsgewandten, nostalgischen Stimmungen (*huaijiu qingxu*) in der chinesischen Gesellschaft fühlen sich marxistische Ideologen und Theoretiker offenbar beflügelt. In den letzten Monaten richten sie auf Konferenzen, in von ihnen kontrollierten Publikationen und gelegentlich auch in der *Volkszeitung* (siehe etwa RMRB, 5.9.94) zum Teil scharfe Angriffe gegen das Programm der "sozialistischen Marktwirtschaft" und gegen die angebliche Aushöhlung der moralischen Grundlagen der Gesellschaft durch die Reformpolitik. Eine Marktwirtschaft passe nicht zu den "nationalen Bedingungen" Chinas und werde zum Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft führen.

Bemerkenswert ist, daß auch viele aus dem westlichen Ausland zurückgekehrte Nachwuchswissenschaftler in die Kritik gegenüber den Fehlentwicklungen der Reformperiode einstimmen. Allerdings richtet sich das Interesse dieser gut ausgebildeten Ökonomen und Sozialwissenschaftler nicht auf die maoistische Diktatur der Vergangenheit, sondern auf die Erfordernisse wirtschaftlicher, sozialer und politischer Stabilität. So fordern sie etwa aus ökonomischen Erwägungen (Inflationbekämpfung mit Hilfe zentralisierter geldpolitischer Instrumente) eine Konzentration wirtschaftspolitischer Kompetenzen in der Beijinger Regierung und eine Disziplinierung der eigenwilligen Provinzfürhungen im Süden Chinas. (Vgl. etwa den "Bericht zur Leistungsfähigkeit des chinesischen Staates" [*Zhongguo guojia nengli baogao*, Hongkong 1994] der beiden in den USA ausgebildeten Sozialwissenschaftler Hu Angang und Wang Shaoguang.)

Mit solchen Vorschlägen kommen sie unbeabsichtigt den Positionen orthodoxer Parteiveteranen nahe, denen jedes Argument willkommen ist, um Auflockerungs- und Dezentralisierungserrscheinungen in der Parteihierarchie zu unterbinden. (Vgl. *Kaifang* [Öffnung], Hongkong, 94/10, S.16-18.)

Die Bedenken gegenüber dem Übergang zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung sind in diesem Sommer nicht nur von orthodoxen Ideologen wie Deng Liqun (siehe C.a., 94/7, S.669), sondern auch von konservativen Parteiveteranen wie Yao Yilin und Song Ping in der Parteiführung offen angesprochen worden. Sie folgen damit kritischen Einschätzungen, die der aus Altersgründen kaum noch aktive Parteiökonom Chen Yun (der zweitmächtigste Mann in der KPCh nach Deng Xiaoping) im Frühjahr formuliert hatte.

Die Kritik der Parteiveteranen läßt sich nicht einfach als Produkt verkrusteten Denkens abtun, da sie von verbreiteter Skepsis in der Bevölkerung getragen wird. Unter Arbeitern wie auch unter manchen Intellektuellen, die in dieser Frage überraschend ähnliche Ansichten vertreten, ist die Auffassung verbreitet, daß die Wirtschaftsreformer um Deng Xiaoping das "Banner der sozialen Gerechtigkeit" (*shehui gongzheng de qizhi*) längst fallen gelassen hätten. Allzu viele Unternehmer und Kader hätten sich in den letzten Jahren mit Hilfe korrupter und illegaler Machenschaften bereichert. Die Masse der Bevölkerung habe trotz gestiegenen Lebensstandards unter Inflation, Bedrohung durch Arbeitslosigkeit oder Kriminalität zu leiden, während sich die neue "Kader-Unternehmer-Klasse" (*guanshang jieji*) auf Kosten der Allgemeinheit einem dekadenten und unmoralischen Lebensstil hingeben könne.

Einige weitsichtige chinesische Beobachter warnen zu Recht davor, die Bedeutung dieser Stimmungen für die zukünftige politische Entwicklung zu unterschätzen. (*Beijing zhi Chun*, 94/10, S.45-46) Die nächste Protestbewegung werde von Arbeitern, nicht von Studenten angeführt werden und könnte sich explizit gegen die Auswüchse der Reformpolitik richten: Kampf gegen Korruption und für soziale Gerechtigkeit würden die Losungen heißen. Sozialistische Leitbilder wie Gleichheit und Kampf gegen Ausbeutung seien in weiten Teilen der Bevölkerung fest verankert. Deshalb dürften diejenigen, die auf eine politische Erneuerung Chinas hinwirken wollten (also auch die Exilopposition), auf keinen Fall zulassen, daß orthodox-stalinistische Kräfte in der kommunistischen Partei sozialistische Begriffe